

Vorlage Nr. AfJFF 54/2022		
für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

**Haushaltssituation des Amtes für Jugend, Familie und Frauen zum 30.09.2022
Antrag auf Nachbewilligung von Haushaltsmitteln gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 2 der Haushaltssatzung 2022**

A Problem

Gemäß § 12 Absatz 2 Nr.2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2022 – Budgetierungsgrundsätze, Deckungsfähigkeiten – ist bei einem unabweisbaren Mittelbedarf, der innerhalb des Ausschussbereichs nicht finanziert werden kann, spätestens nach Ende des zweiten Quartals eines jeden Jahres ein Nachbewilligungsantrag ohne Deckungsvorschlag nach vorheriger Befassung im Fachausschuss über die Stadtkämmerei an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu richten.

Nach derzeitiger Einschätzung wird das Amt für Jugend, Familie und Frauen zum Jahresende 2022 die vorgegebenen Budgets nicht einhalten können und einen nicht gedeckten Mittelbedarf in Höhe von -3.191.972,00 Euro ausweisen.

Aufgrund komplexer werdender Problemlagen bei Kindern und Jugendlichen als Auswirkung der Corona-Pandemie sind erhöhte Mittelbedarf im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Inobhutnahmen zu verzeichnen. Die Auswirkungen zeigen sich in der Steigerung der Anzahl der Inobhutnahmen von Minderjährigen, sowie der Notwendigkeit bei steigenden Fallzahlen ambulanten Hilfen zur Erziehung in Familien wie Sozialpädagogische Familienhilfen und Betreuungshelfer. Auch ist im Bereich der ambulanten Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII; hier insbesondere durch die Schulassistenzen eine Kostensteigerung zu verzeichnen.

Es ist damit zu rechnen, dass die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder, Jugendliche und Familien noch einige Jahre andauern und damit einhergehend auch die entsprechenden Hilfenmaßnahmen, zu deren Erbringung das Amt für Jugend, Familie und Frauen verpflichtet ist.

Eine Evaluation der Hilfen zur Erziehung wurde vom Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen am 01.07.2021 beschlossen (AfJFF Nr. 17/2021) und wird bereits umgesetzt, die Organisationsuntersuchung durch die Firma con_sens – Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH ist im 2. Quartal 2022 gestartet.

Die dargestellten Entwicklungen werden auch Auswirkungen auf die Budgetentwicklung 2022 und die Haushalte der Jahre 2023 und 2024 haben.

B Lösung

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen nimmt die Haushaltssituation des Amtes für Jugend, Familie und Frauen mit einem voraussichtlichen Budgetrisiko in Höhe von derzeit bis zu -3.191.972,00 Euro zur Kenntnis. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Magistrat mit Vorlage IV/31/2022 den Antrag für den Bremerhaven-Fonds zum Ausgleich coronabedingter Mehrausgaben im Amt für Jugend, Familie und Frauen in Höhe von bis zu 3.191.972,00 Euro bereits beschlossen hat. Ein gesonderter Antrag an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss ist nicht notwendig.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen das Dezernat IV, alle Möglichkeiten von Einnahmeverbesserungen bzw. von Einsparpotentialen auszuschöpfen, um das derzeit kalkulierte Budgetrisiko zu minimieren.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Finanzielle Auswirkungen siehe unter „B Lösung“ und „G Beschlussvorschlag“.

Die Gleichstellungsrelevanz und die Belange von Menschen mit Behinderungen, klimaschutzrechtliche Auswirkungen, besondere Belange des Sports, Belange ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie die besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils sind im Rahmen der Beschlussfassung nicht relevant.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Stadtkämmerei war bei der Erstellung der Magistratsvorlage zum Antrag für den Bremerhaven-Fonds eingebunden und die Vorlage war abgestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Nicht vorgesehen. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen nimmt die Haushaltssituation des Amtes für Jugend, Familien und Frauen mit einem voraussichtlichen Budgetrisiko in Höhe von derzeit bis zu -3.191.972,00 Euro zur Kenntnis.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen das Dezernat IV, alle Möglichkeiten von Einnahmeverbesserungen bzw. von Einsparpotentialen auszuschöpfen, um das derzeit kalkulierte Budgetrisiko zu minimieren.

Frost
Stadtrat